

Abschlussbericht

des Untersuchungsausschusses

„System der Sportförderung im Saarland, parteipolitische Einflussnahme auf die Institutionen des Sports und der Sportförderung, Transparenz der Mittelvergabe und Kontrolle der bestimmungsgemäßen und rechtmäßigen Verwendung der Mittel“

Wertung der Fraktion DIE LINKE

1. Gründe für das Millionen-Defizit

Das Minus des Landessportverbandes für das Saarland ist von rund 500.000 Euro im Jahr 2009 auf einen Jahresfehlbetrag von 7.228.000 Euro Ende 2017 angewachsen. Legt man das Gutachten von Michael Harz (Projure GmbH) im Auftrag der Staatsanwaltschaft zugrunde, beträgt das Defizit 13.267.462 Euro, laut dem ehemaligen Konsolidierungsberater und derzeitigen „*Chief Restructuring Officer*“ Michael Blank sind es sogar 18.967.910 Euro.

Alle ausgewiesenen Schieflagen, Defizite, Unterdeckungen und Liquiditätsschwierigkeiten waren für die Hauptgeschäftsführung, das Präsidium, den Vorstand, die Vollversammlung und die Rechtsaufsicht objektiv erkennbar.

Während dieses Zeitraums führten eine dauerhaft temporäre Unterdeckung in der Vermögenslage sowie eine latente Zahlungsunfähigkeit zur Schieflage beim LSVS bzw. zu Defiziten. Die Ursachen dafür, das hat die Arbeit des Untersuchungsausschusses ergeben, liegen in der Missachtung der jährlichen Ergebnisse (Jahresfehlbeträge in Millionenhöhe) der Wirtschaftsprüfung seitens des Präsidiums, der Vollversammlung sowie in einer faktisch nicht vorhandenen Rechtsaufsicht im jeweiligen Sport-Ministerium. Die LSVS-Präsidenten Meyer und Meiser haben Bilanzen mit erkennbaren Minusbeträgen unterschrieben, Präsidium und Vollversammlung haben ihnen Jahr für Jahr zugestimmt, das Sport-Ministerium hat sie ungeprüft in ihren Schränken verstaut - und niemand fragte nach den Ursachen der Fehlbeträge oder will auch nach Jahren des Minus eine Schieflage erkannt haben.

Im LSVS fehlte es an einem professionellen Controlling und an Compliance- bzw. Antikorruptionsregeln – diese, sowie eine Finanz- und Geschäftsordnung mit klaren Antikorruptionsregeln gibt es bis heute nicht beim Landessportverband. Ein Abgleich der in den jährlichen Haushaltsplänen angesetzten Werte (= Soll) mit den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben (Soll-Ist-Abgleich) durch den Hauptgeschäftsführer Paul Hans oder eine andere verantwortliche Person innerhalb des LSVS fand nicht statt. Die Buchhaltung lief teilweise den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung zuwider und wurde auch durch ungelertes, aufgabenfernes Personal übernommen. Bei der Beschaffung wurden Vergaberichtlinien systematisch umgangen oder missachtet, was zu übersteuerten Einkäufen führte - auch weil ein Controlling und eine Aufsicht faktisch fehlten. So konnte auch der ehemalige LSVS-Präsident Klaus Meiser ungehindert Haushaltsmittel für andere Zwecke ausgeben als geplant und verbucht. Überhöhte Personalkosten entstanden durch Überpersonalisierung - bis hin zur Beschäftigung der Lebensgefährtin des damaligen Präsidenten Meiser an den Gremien vorbei - und unzutreffend hohen Eingruppierungen - auch für eine Lebensgefährtin eines Präsidiumsmitglieds. Um die vorhandenen

Löcher notdürftig zu stopfen, wurden ursprünglich projektbezogene Darlehen zur Deckung der laufenden Ausgaben zweckentfremdet, zunehmend höhere Kreditaufnahmen in Millionenhöhe bei der SaarLB führten zu steigenden Zinslasten. Aktivierungspflichtige Grundstücke sowie Gebäude auf fremden Grund und Boden wurden nicht bilanziert, die dauerhaften Verluste durch die Hermann-Neuberger-Sportschule ignoriert.

Und all das, ohne dass der Hauptgeschäftsführer oder ein anderer Verantwortlicher gegengesteuert hätte, und ohne dass die Rechtsaufsicht in Aktion trat.

Umfassend verantwortlich für die defizitäre Lage beim LSVS bleibt allen voran das jeweilige geschäftsführende Präsidium, d.h. alle Präsidenten sowie die weiteren Präsidiumsmitglieder.

Die Rechtsaufsicht blieb trotz erkennbarer Schiefelage und fehlender Kontrollmechanismen im LSVS jahrelang untätig und hat somit eine Mitverantwortung für das Ansteigen des Defizites. Politisch verantwortlich für diese fehlende Aufsicht sind die Sport-Minister Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), Monika Bachmann (CDU) und Klaus Bouillon (CDU). Der Saar-Sport hat durch die festgestellte Miss- und Vetternwirtschaft, politische Landschaftspflege und die fehlende Aufsicht Millionen verloren.

2 Verstärkungsfonds zur politischen Landschaftspflege

Auf Vorschlag der damaligen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), hat der Aufsichtsrat der Saarland Sporttoto GmbH mit einem Grundsatzbeschluss vom März 2016, rund ein Jahr vor der Landtagswahl, einen sogenannten „Verstärkungsfonds“ aufgelegt, mit dem in den Jahren 2016 bis 2020 zusätzliche Mittel für den Sport in Höhe von jeweils 250.000 Euro zur Verfügung gestellt werden sollten. Für welche Zwecke diese Mittel tatsächlich verwendet wurden, und ob die Verwendung mit dem Förderantrag übereinstimmt, prüfte weder Saartoto noch die Rechtsaufsicht. Der damalige Kulturminister Ulrich Commerçon erklärte dem Untersuchungsausschuss am 5 Februar 2019, er habe darauf vertraut, dass der Grundsatzbeschluss des Aufsichtsrates auch hinsichtlich der Prüfung von Einzelnachweisen sowohl seitens Saartoto als auch seitens der Rechtsaufsicht beachtet und eingehalten werde. (Grundsatzbeschluss: *„Den Bereichen Sport und Kultur werden für die Jahre 2016 bis 2020 zusätzlich bis zu 500.000 Euro pro Jahr als Verstärkungsmittel für Anliegen und Projekte zu annähernd gleichen Teilen zur Verfügung gestellt. Hierüber hat der Aufsichtsrat im Einzelfall zu entscheiden...“*)

Tatsächlich aber gab es keine Kontrolle. So wurde etwa vom Saartoto-Aufsichtsrat am 6. Juli 2016 der Beschluss gefasst, 90.000 Euro zur Einrichtung eines Bundesstützpunktes Tischtennis im Saarland zur Verfügung zu stellen, das Geld dann aber ohne entsprechenden Beschluss für die Förderung des deutschen Tischtennis-Nationalspielers Patrick Franziska und einer Tischtennis-Trainerin verwendet.

Außerdem wurden zahlreiche Schecks an Sportvereine vergeben, der Großteil davon mit wohl einem Gesamtwert von 55.000 Euro im letzten halben Jahr vor der Landtagswahl und ohne entsprechenden Beschluss des Aufsichtsrats. *„In Zusammenhang ist festzustellen, dass die Scheckausreichungen zwischen dem 22.09.2016 und dem 29.06.2017 aus Mitteln des Verstärkungsfonds zur Anerkennung des Ehrenamtes in Vereinen nicht vom Beschluss vom 22.09.2016 der Saarland-Sporttoto GmbH abgedeckt sind. Ein Aufsichtsratsbeschluss der Saarland-Sporttoto GmbH zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeiten wurde laut der vorliegenden Aufsichtsratsprotokolle erst am 29.06.2017 gefasst“* (Staatsanwaltschaft, 5 Js 291/18, Ermittlungsakte Band 2, Seite 634). Saartoto-Geschäftsführer Peter Jacoby hat das in seiner Vernehmung durch den Untersuchungsausschuss am 22. Januar 2019 bestätigt und verteidigt: *„Im Jahr 2016 gab es drei Beschlussfassungen des*

Aufsichtsrates. Der Wortlaut dieser drei Beschlussfassungen enthält an keiner Stelle einen Vereins- oder Ehrenamtsbezug. Noch einmal: Trotzdem hat - ich referiere ja die Willensbildung des Aufsichtsrates im Nachhinein - eine Rolle gespielt in der bisherigen Aufarbeitung, ob nicht dieses Thema doch eine wesentliche Rolle gespielt hat. Hintergrund ist folgender - begleitbezogen -: War dieses Thema nicht doch so gelagert, dass man es zum Aufsichtsratswortlautbeschluss hinzudenken muss - in aller Vorsicht formuliert.“

„Überbringer der Schecks waren überwiegend Landespolitiker der CDU, aber auch Bürgermeister“, hat es die „Saarbrücker Zeitung“ am 23. Januar 2019 zusammengefasst. Der ehemalige Hauptgeschäftsführer Paul Hans hat gegenüber der Staatsanwaltschaft und in seiner Befragung vor dem Untersuchungsausschuss am 16. Juni 2020 erklärt: „Nach meiner Erinnerung wurde der Großteil der Schecks vor der Landtagswahl 2017 ausgehändigt, weitergereicht an die Vereine. Klaus Meiser hat mir dann auch gesagt, dass nach der Landtagswahl auch noch Schecks an die Vereine gegeben werden, um ja nicht den Eindruck zu erwecken, dass nur Gutes vor der Landtagswahl 2017 getan wird, sondern auch danach, also dass das ein fortlaufender Prozess wäre... Die Schecks bekam ausschließlich Klaus Meiser. Klaus Meiser hat sie dann weitergereicht... Zum Beispiel der saarländische Innenminister hat Schecks überreicht und hat dann vor Ort meistens festgelegt, in welcher Größenordnung der Scheck ausgestellt wird.“

Paul Hans hat vor dem Untersuchungsausschuss am 16. Juni 2020 auch ausgesagt, dass „der Verstärkungsfonds auf Wunsch des Präsidenten nicht im Haushalt erschienen“ ist. „Er ist auf einem separaten buchhalterischen Konto geführt worden. Ich bin mehrmals von der Buchhalterin angesprochen worden, dass sie endlich mal eine Liste bekommt, wer welchen Betrag erhalten hat. Sie hat vermerkt, dass 10 oder 20 oder wie viel Schecks ausgegeben wurden, aber sie hat nie die Rückmeldung bekommen, welcher Verein oder welche Institution welchen Betrag erhalten hat. Ich habe auch diese Liste mehrmals angemahnt, bis zu meinem Ausscheiden im August 2017 lag diese Liste nicht vor.“ LSVS-Präsident Klaus Meiser entschied offenbar weitgehend alleine, ohne entsprechende Beschlüsse und Kontrollen, wer wann einen Scheck in welcher Höhe bekam, und auch, wer ihn verteilen durfte. So fand vier Monate vor der Landtagswahl auch der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Stefan Pauluhn nach eigenen Angaben im November 2016 zwei Schecks auf seinem Schreibtisch vor, die er dem FC Palatia Limbach und den Sportfreunden Walsheim übergab. Eine transparente Förderung des Sports nach klar erkennbaren, für alle gleichermaßen geltenden Kriterien, fand nicht statt. Stattdessen wurden die öffentlichen Mittel nach Gutdünken des LSVS-Präsidenten und in auffälliger Nähe zur Landtagswahl vergeben.

Das für die Aufsicht über den Landessportverband und über Saartoto zuständige Ministerium für Inneres, Bauen und Sport hat, wie die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Dennis Lander (DIE LINKE.) am 30. April 2018 geantwortet hat (Drucksache 16/365), „alle durch die Saarland-Sporttoto GmbH vorgelegten Aufsichtsratsbeschlüsse genehmigt, wobei Prüfungsmaßstab ausschließlich §10 Abs.5 GlüStV war. Dem Ministerium oblag also ausschließlich die Prüfung, ob die Überschüsse aufgrund der gefassten Aufsichtsratsbeschlüsse zur Förderung öffentlicher oder gemeinnütziger, kirchlicher oder mildtätiger Zwecke verwendet werden sollen... Aus dem Genehmigungserfordernis gemäß §7 Abs.1 Satz 6 AGGlüStV-Saar ergibt sich für die Glücksspielaufsichtsbehörde keine Verpflichtung, generell auch die tatsächliche Verwendung der auf der Grundlage der Aufsichtsratsbeschlüsse bereitgestellten Mittel zu überprüfen. Vielmehr ist es Aufgabe der Saarland-Sporttoto GmbH als Glücksspielveranstalter und Mittelzuwender, die zweckentsprechende Verwendung zu prüfen.“ Die Geschäftsführer der Saarland-Sporttoto GmbH haben dagegen vor dem Untersuchungsausschuss erklärt, sie hätten die korrekte Verwendung der Mittel nicht überprüfen können, da der Saarland Sporttoto GmbH die Eingriffsmöglichkeiten fehlen würden, ihren eigenen Gesellschafter LSVS zu kontrollieren. „Hinzu kommen weitgehende

Kontrollrechte und Pflichten der Aufsicht beim Land“ (Saartoto-Geschäftsführer Michael Burkert am 8. Februar 2019 im Magazin „Forum“). Die fehlende Kontrolle hat die unsachgemäße und undurchsichtige Mittelvergabe begünstigt.

3. Fehlende Aufsicht

Die Rechtsaufsicht über den LSVS wird nach § 12 LSVS-Gesetz von der zuständigen obersten Landesbehörde ausgeübt, was im Untersuchungszeitraum immer das jeweilige Sportministerium war. Die Haushaltspläne des LSVS wurden inhaltlich durch den zuständigen Mitarbeiter des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport, Referat E2, geprüft und dann mit einem Vermerk dem Staatssekretär zur Genehmigung vorgelegt, die dieser für die Jahre 2012 bis 2017 auch erteilt hat.

Alle Verantwortlichen beim LSVS, bei Saartoto sowie in der Führungsebene der Rechtsaufsicht sind Mitglied einer Regierungspartei. Inwieweit dieser Umstand zur finanziellen Schieflage des Landessportverbandes oder einer fehlenden Kontrolle durch das Land beigetragen oder diese zumindest begünstigt hat, lässt sich anschließend kaum noch klären.

Dazu kommt, dass die jeweils für den Sport zuständigen Ministerinnen und Minister (Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), Monika Bachmann (CDU) und Klaus Bouillon (CDU)) einerseits für die Rechtsaufsicht von Glücksspiel und Sportförderung zuständig sind, andererseits jahrelang in Personalunion zeitgleich den Vorsitz im Aufsichtsrat der Hauptgeldquelle -also Saartoto- innehatten. Die entsprechenden Interessenkonflikte hat Minister Bouillon bestätigt, als er im November 2018 sein Aufsichtsratsmandat niederlegte (*"Ich kann nicht über Zuschüsse entscheiden und nachher als Rechtsaufsicht sagen, ob ich mich richtig verhalten habe"*).

Keiner der im Untersuchungszeitraum für den Sport und die Rechtsaufsicht über den Landessportverband verantwortlichen Minister (Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), Monika Bachmann (CDU) und Klaus Bouillon (CDU)) möchte etwas von der finanziellen Schieflage des LSVS mitbekommen haben, keiner möchte vom Staatssekretär oder von der Arbeitsebene seines Hauses über entsprechende Anhaltspunkte informiert worden sein und seit Bekanntwerden des Defizits und der mangelnden Aufsicht gab es bei der Arbeitsebene auch keine nennenswerten Veränderungen, so dass davon ausgegangen werden muss, dass der derzeitige Sportminister weiterhin denselben Mitarbeitern vertraut, die die LSVS-Haushalte entweder nicht ausreichend geprüft oder den Minister nicht über Anhaltspunkte für eine finanzielle Schieflage informiert haben. Keiner der verantwortlichen Minister fühlt sich verantwortlich für die ausgebliebene Prüfung. Dabei gab es auch Gespräche über den Haushalt zwischen dem zuständigen Referatsleiter und dem ehemaligen Hauptgeschäftsführer des LSVS, Paul Hans, wie dieser bei seiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss am 16. Juni 2020 ausgeführt hat: *„Der Haushalt ist dann von der administrativen Seite - von mir - dem Ministerium vorgelegt worden mit den entsprechenden Hinweisen, dass er vom Präsidium und auch vom Vorstand des LSVS genehmigt wurde mit der Bitte um Genehmigung. Das hat immer eine Zeit lang gedauert. Das Ministerium hat dann auf Sachbearbeiter-Ebene immer wieder eine Frage gehabt, die ich gleich klären konnte. Irgendwann ist dann, manchmal noch Ende Januar, Februar oder manchmal auch etwas später, die Genehmigung für den Haushalt vom Ministerium gekommen. Es gab hin und wieder mal mit dem zuständigen Referatsleiter vom Ministerium Termine vor Ort, als Innenministerium, wo das eine oder andere besprochen wurde.“* Wieso bei diesen Gesprächen und Nachfragen keine Ungereimtheiten und Anhaltspunkte für eine finanzielle Schieflage festgestellt werden konnten und in all den Jahren keine Veranlassung für eine intensivere Prüfung gesehen wurde, bleibt offen.

Dabei gab es auch nach den Feststellungen des Sachverständigen aus den Jahresabschlüssen Hinweise auf das bestehende Defizit. Unter anderem wurden in den Jahren 2009 bis 2015 jährlich Jahresfehlbeträge zwischen rund 300.000 Euro und acht Millionen Euro sowie ein negatives Eigenkapital zwischen 9,5 Millionen Euro und 24,4 Millionen Euro ausgewiesen, ohne Aktivierung der baulichen Investitionen. In allen Jahresabschlüssen wird darauf hingewiesen, dass in den jeweiligen Geschäftsjahren Fehlbeträge erwirtschaftet worden sind.

Es bleibt festzustellen: Hätte das für die Aufsicht zuständige Ministerium vor der Genehmigung sorgfältig geprüft, wäre das Defizit wesentlich früher aufgefallen und dem saarländischen Sport wäre ein größerer Schaden erspart geblieben. Die Rechtsauffassung der verantwortlichen Minister, wonach die Rechtsaufsicht den Haushalt des Landessportverbandes zu genehmigen, nicht aber die roten Zahlen in den Bilanzen aufzuspüren habe, kann nicht überzeugen. Gerade weil die Rechtsaufsicht den Haushalt genehmigen muss, muss es ihn vorher auch prüfen und bei gravierenden Fehlern ablehnen, ansonsten wäre eine Genehmigungspflicht widersinnig. Es gibt keinen Automatismus und auch keinen Rechtsanspruch des Landessportverbandes, dass alle vorgelegten Haushaltspläne auch ohne Prüfung zu genehmigen sind.

4. Sportplanungskommission

Die Sportplanungskommission setzte sich aus sechs Landtags-Abgeordneten, dem amtierenden LSVS-Präsidenten, zehn weiteren Vertretern des LSVS und Vertretern von vier weiteren Ministerien zusammen. Vorsitzende waren im Untersuchungszeitraum die jeweiligen Sport-Staatssekretäre Georg Jungmann (CDU) und Christian Seel (CDU). Der Leiter des Referat E1 des Ministeriums für Inneres und Sport nahm an den Sitzungen teil, Geschäftsführer war ein Mitarbeiter des Sport-Referats des Ministeriums. Obwohl also das für die Rechtsaufsicht zuständige Ministerium die Geschäfte der Sportplanungskommission leitete, will keinem der Mitglieder aufgefallen sein, dass ein „Fehlbetrag gegenüber der Sportplanungskommission“ in Höhe von 8,5 Millionen Euro aufgelaufen ist. Weder die politisch Verantwortlichen noch die Vertreter des Landessportverbands wollen bemerkt haben, dass die von ihnen beschlossenen Projekte und Investitionen einfach nicht vorankommen, weil die Mittel gar nicht zur Verfügung standen.

„Der Systemfehler lag darin, dass der Anteil aus dem Sportachtel, der in Höhe 22,75 Prozent der Sportplanungskommission zustand, nicht auf einem Treuhandkonto separiert wurde, so wie dies seit Frühjahr 2018 der Fall ist. Das Vertrauen der Planungskommission, dass der LSVS sorgsam mit dem anvertrauten Treugeld im umlagebasierten Verfahren umgeht, wurde nicht nur bitter enttäuscht, sondern öffnete auch der Manipulation Tür und Tor“, hat es der Konsolidierungsberater und derzeitigen "Chief Restructuring Officer" Michael Blank in seiner Vernehmung am 16. Juni 2020 ausgedrückt. Der zweite Systemfehler bestand in einer nicht vorhandenen Kontrolle, der dritte Systemfehler in der Zusammensetzung der Sportplanungskommission, in der Vertreter des für die Aufsicht zuständigen Ministeriums die Geschäfte leiten und sich daher in einem Interessenkonflikt befinden.

5. Saartoto

Während des gesamten Untersuchungszeitraums gab es personelle Überschneidungen zwischen dem LSVS-Präsidium, dem Aufsichtsrat der Saarland Sporttoto GmbH, der Sportplanungskommission, dem Förderausschuss Leistungssport und der Rechtsaufsicht, dem jeweiligen Sport-Ministerium.

So waren Dr. Kurt Bohr (SPD) und Gerhard Meyer (CDU) zunächst Geschäftsführer von Saartoto, dann Mitglieder des Saartoto-Aufsichtsrates, und gleichzeitig bis Oktober 2014 Vize-Präsident bzw. Präsident des Landessportverbandes. Vorsitzender des Förderausschusses Spitzensport war Sport-Minister Bouillon (CDU), Sport-Staatssekretär Christian Seel (CDU) war ebenso Mitglied wie ein Referatsleiter und weitere Mitarbeiter des Sport-Referats, auch wenn das Ministerium gleichzeitig zuständig für die Rechtsaufsicht von Glücksspiel und Sport, Saartoto und Landessportverband ist.

Die für den Sport zuständigen Landesminister waren gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzende der Saarland Sporttoto GmbH, bis der derzeitige Sportminister Klaus Bouillon nach Bekanntwerden des Finanzskandals beim Landessportverband und der undurchsichtigen Vergabe von Saartoto-Mitteln im Rahmen des „Verstärkungsfonds“ sein Aufsichtsratsmandat zurückgab. Die Verbindung aus Rechtsaufsicht, Fachministerium und Aufseherposten hat eine lange Tradition und es deutet vieles darauf hin, dass sie eine transparente Mittelvergabe und ein funktionierendes Kontrollsystem erschwert.

Dazu kommt das Konstrukt, dass der Landessportverband mit drei Siebteeln Anteilseigner von Saartoto ist. Dies hat im Untersuchungszeitraum dazu geführt, dass die ordnungsgemäße Verwendung von Mitteln durch den Landessportverband nicht vonseiten der Verantwortlichen bei Saartoto überprüft wurde. Saartoto-Geschäftsführer Peter Jacoby hat es in seiner Vernehmung vor den Ausschuss für Inneres und Sport am 8. März 2018 damit begründet, dass die *„Geschäftsführung von Saartoto ihren Gesellschaftern gegenüber rechenschaftspflichtig und darlegungspflichtig ist. Das Umgekehrte ist aber nicht der Fall; die Gesellschafter sind nicht ihren Geschäftsführern gegenüber rechenschafts- und darlegungspflichtig. Ich glaube, es bedarf keines zweiten juristischen Staatsexamens, um diesen Gedankengang nachzuvollziehen.“*

Dem steht die Einschätzung des für die Aufsicht über den Landessportverband und über Saartoto zuständigen Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport gegenüber, wie aus der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage des Abgeordneten Dennis Lander (DIE LINKE.) am 30. April 2018 hervorgeht (Drucksache 16/365), *„Vielmehr ist es Aufgabe der Saarland-Sporttoto GmbH als Glücksspielveranstalter und Mittelzuwender, die zweckentsprechende Verwendung zu prüfen. Deutlich wird dies auch dadurch, dass der Aufsichtsrat der Saarland-Sporttoto GmbH bei der Verwendung der Überschüsse –unter Berücksichtigung der Vorgabe des § 10 Abs. 5 GlüStV –frei über die konkreten Verwendungszwecke sowie über die jeweilige Höhe der Förderung entscheiden kann... Bei dem Beschluss des Aufsichtsrates der Saarland-Sporttoto GmbH vom 6. Juli 2016 zur Bereitstellung von 90.000 Euro aus dem sog. Verstärkungsfonds für die Einrichtung eines Bundesstützpunktes Tischtennis war der LSVS Empfänger der Gelder. Die entsprechende Zahlung wurde direkt von der Saarland-Sporttoto GmbH an den LSVS geleistet. Insofern wäre zunächst die Saarland-Sporttoto GmbH als Mittelzuwender gehalten, den Mittelverwendungsnachweis vom LSVS als Mittelempfänger anzufordern.“*

Da sich weder die Verantwortlichen bei Saartoto noch die Rechtsaufsicht für zuständig und verantwortlich hielten und eine Regelung für eine alleinige Finanzaufsicht des LSVS durch das Ministerium für Finanzen und Europa fehlte, blieb eine Kontrolle der Mittelverwendung beim Landessportverband aus.

6. Grundstücksgeschäfte

2016, ein Jahr vor der Landtagswahl, sollte die ungeklärte Grundstückssituation, die dadurch entstand, dass der Landessportverband Gebäude und Sportanlagen auf Boden errichtet hatte, das dem Land gehört, geklärt werden. Nach entsprechenden Gesprächen zwischen dem Verband und

den politisch Verantwortlichen im Land durfte der LSVS 13 Hektar für rund 330.000 Euro kaufen– zu einem Quadratmeterpreis von 2,50 Euro, obwohl der Bodenrichtwert 55 Euro je Quadratmeter beträgt. Und dass, obwohl laut Landeshaushaltsordnung beim Verkauf landeseigener Grundstücke ein angemessener Preis erzielt werden muss (§ 63 LHO: *„Vermögensgegenstände dürfen nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden. Ausnahmen können im Haushaltsplan zugelassen werden. Ist der Wert gering oder besteht ein dringendes Landesinteresse, so kann das Ministerium der Finanzen Ausnahmen zulassen.“* § 64 LHO: *„Für zu erwerbende oder zu veräußernde Grundstücke ist eine Wertermittlung aufzustellen... Dingliche Rechte dürfen an landeseigenen Grundstücken nur gegen angemessenes Entgelt bestellt werden...“*). Die Landesregierungen haben seit 2005 zwar den Passus in die jeweiligen Haushaltspläne aufgenommen: *„Nach § 63 Abs. 3 LHO wird zugelassen, dass landeseigene Grundstücke, die zu satzungsmäßigen Zwecken eines sport-bzw. kulturtreibenden gemeinnützigen Vereins genutzt werden, gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben (Verpachtung, Verkauf) werden können“* – wie hoch diese Ermäßigung sein darf und anhand welcher Kriterien sie ermittelt wird, ist allerdings offenbar nicht konkretisiert worden.

Dass es sich bei diesem Entgegenkommen des Landes um eine absolute Ausnahme handelt, sieht man auch daran, dass seit Inkrafttreten dieser Ergänzung 2005 außer dem Landessportverband insgesamt lediglich vier Sportvereine davon profitiert haben, wie die Regierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage des Abgeordneten Jochen Flackus am 20. August 2019 aufgelistet hat (Drucksache 16/932). Und darunter befand sich wohl kein Grundstück in dieser Größenordnung und Lage. Aufgrund des derart deutlich reduzierten Kaufpreises reduzierte sich natürlich auch die Grunderwerbssteuer zum Schaden der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Der ehemalige Finanzstaatssekretär Axel Spies (CDU) hat in seiner Vernehmung durch den Untersuchungsausschuss bestätigt, dass ein hoher Kaufpreis natürlich auch eine hohe Grunderwerbssteuer nach sich ziehe und ein Wertgutachten seiner Erinnerung nach nicht eingeholt worden ist. Dass dieser für den Landessportverband vorteilhafte Deal auf beiden Seiten von Politikern derselben Partei ausgehandelt wurde – auf der Seite des Landessportverbands der LSVS-Präsident und Landtagspräsident Klaus Meiser, auf Seiten des Landes der damalige Finanzminister Stephan Toscani und sein damalige Staatssekretär Axel Spies, die allesamt der CDU angehören – hat das Vertrauen in die korrekte Abwicklung zum Wohle der Allgemeinheit nicht erhöht.

7. Fazit

Der Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass die finanzielle Schieflage des LSVS über Jahre derartige Ausmaße annehmen konnte, weil die laut LSVS-Gesetz und -Satzung für den Haushalt verantwortlichen Präsidiumsmitglieder ihrer Verantwortung nicht nachgekommen sind (Franz-Josef Schumann (CDU), ehemaliger Präsident des Saarländischen Sparkassenverbands und des Saarländischen Fußballverbandes: *„Sie können doch nicht von den Ehrenamtlichen verlangen, dass sie jedes einzelne Konto prüfen oder jede Ausgabe.“*).

Erheblich begünstigt wurde die Misswirtschaft beim Landessportverband außerdem durch die fehlende Aufsicht des Landes, durch ein Beziehungsgeflecht von Mitgliedern der Regierungsparteien im Land, LSVS und Saartoto, und durch die Verbindung aus Rechtsaufsicht, Fachministerium und Aufseherposten, das zu erheblichen Interessenkonflikten führte (Sportminister Bouillon: *„Ich kann nicht über Zuschüsse entscheiden und nachher als Rechtsaufsicht sagen, ob ich mich richtig verhalten habe“*). Diese Probleme bestehen teilweise bis heute weiter.